

Ubfehr vom Trokismus

Ein Brief Krestinskis an die Partei

Moskau, 9. April 1928.

Die Promda veröffentlicht einen Brief des Genossen Antonow Owsjenski an den Genossen Stalin vom 4. April aus einem Kausus aus einem Briefe des Genossen Krestinski an den Genossen Jassolowski vom 22. März. In diesen Briefen geben die beiden ihren Bruch mit der Opposition kund.

Genosse Antonow Owsjenski nimmt Bezug auf sein Schreiben an das Politbureau der KPdSU vom 28. Oktober, denn ein Brief an Trotski beigelegt war, in welchem Genosse Antonow Owsjenski den Kampf der Opposition gegen die Partei beurteilt und seinen grundsätzlichen Einwänden mit der politischen Linie der Mehrheit des ZK Ausdruck verlieh. Krestinski aber erklärte, daß er nicht mit diesen Organisationspolitik übereinstimme. Jetzt erklärt er, daß die letztere eingetretene Ereignisse ihm Anlaß gegeben haben, die letzte Frage nachzufragen, und daß er jetzt auch die Organisationspolitik des ZK will und ganz teilt.

Ich schloß mit der Opposition feierlich ab und befuhr nach einer Unterredung mit Ihnen im Dezember 1927 ihren seitdem die Opposition im innerparteilichen Kampf zurückzuführen. Nach dieser Unterredung richtete ich an das Politbureau einen ausführlich gehaltenen Brief, der die Mehrheit der Parteimitglieder im Bewußtsein, daß ich mich gerade Ihnen (dem Genossen Stalin) wende, daß ich klar erkenne, wie sehr Sie damals in Ihrem Verhalten gegenüber Trotski im Rechte waren und wie sehr ich im Unrecht war. Sie haben durchaus richtig erkannt, daß Trotski, als er von der Entartung der alten Partei sprach und den Allen die Jugend gegenüberstellte, kein Vertrauen gegenüber der historischen Partei der Bolschewiki zum Ausdruck brachte und sich auf den Aufbau einer anderen Partei, die mit den Traditionen des Bolschewismus und im wesentlichen mit ihrer Ideologie bricht, einstellte. Recht hatte auch Genosse Jerschinski, der mich darauf verwies, daß man gegen Trotski bis zu Ende kämpfen müsse, weil er in seinem Kampf gegen die Partei objektiv zum Zentrum der Organisation der Kleinbürgerlichen reaktionären Kräfte werde. Eine betrübliche Seite meiner Position im innerparteilichen Kampf war das sogenannte

„Trotzkistisches Manifest“, aber die Warnungen in diesem Dokument verhalten sich wieder anders. Und Hauptfache ist, daß Sie, Genosse Stalin, wiederholt gesagt haben, daß Sie sich die Linien der Partei in Bezug auf Ihre Position zu eigen gemacht haben und daß die Interessen der Partei für Sie über allem stehen. Ich bin überzeugt, daß Lenin voll und ganz mit dem ZK in seinem Kampfe gegen die Opposition wäre. Nur daß er solcher Überzeugung halten würde?

Jetzt will Genosse Antonow Owsjenski darauf hin, daß er mit Unrecht für einen alten Trotzkisten gehalten wird, daß er bereits im Jahre 1915, als er zusammen mit Trotski in Paris eine Gruppe bildete, welche die Anschauungen Lenins reiflos teilte, und daß er im Juni 1917 nach der Rückkehr aus dem Exil nach Petrograd in aller Form der Partei der Bolschewiki beitrat und von Trotski abtrat.

Genosse Krestinski schreibt unter anderem: „Mein Briefwechsel mit Trotski über die Opposition trägt einen einseitigen Charakter, denn er bezieht lediglich in meinen Briefen, die unkommentiert geblieben sind. Meine Briefe sind nur deshalb von einigen Interesse, weil sie meine kritische Haltung gegenüber der Politik der Opposition in verschiedenen Augenblicken des innerparteilichen Kampfes zum Ausdruck bringen, die letzten Endes meinen ideologischen Bruch mit der Opposition herbeiführten, obwohl ich mit den meisten ihrer Führer in allen und engen Beziehungen stand. Ich spreche vom ideologischen und nicht vom organisatorischen Bruch, weil ich keine organisatorischen Beziehungen zur Opposition hatte.“

Die „Spaltung der KPd“

Die Dresdner Volkseitung bringt gestern auf der ersten Seite unter obiger Ueberschrift einen großen Artikel über die Gründung des „Lenin-Bundes“ durch die Maslow-Kath-Jünger-Gesellschaft. Die SPD triumphiert und begrüßt jubelnd die neuen Helfer im Kampf gegen die revolutionäre Partei des Proletariats. Die Gründung des „Lenin-Bundes“ ist aber schon lange bekannt. Mit einer Spaltung der KPd hat das gar nichts zu tun. Wir werden morgen auf diesen Artikel und die Bundesgründung näher eingehen.

Anseigern dem städtischen Finanzamt untersteht, und dieses dem zuständigen Finanzbeamten, dem 2. Finanzbeamten und Sozialdemokratischen Führer, war das für die SPD eine heikle Sache. Einem Sozialdemokraten, der eine volksparteiliche Zeitung untersteht, dem muß geholfen werden, das in praktische Arbeitsgemeinschaft, das ist die Linie, auf der der Sozialismus verwirklicht werden kann“, das ist „revolutionärer Klassenkampf“, zumal durch diese Geschichte gegen die im Streit befindlichen Arbeiter vorgegangen werden konnte. Am Montag dem 2. 4. fand zu diesem Zwecke eine Zusammenkunft statt, an dieser nahmen teil: 1. Vertreter der Betriebsleitungen der drei Betriebe, 2. Betriebsratsmitglieder dieser Betriebe, unter diesen der 2. Gauvorsitzende Baumwäcker (Anseiger), 3. der Gauvorsitzende Stieling und 4. das Mitglied der sozialdemokratischen Stadtvereinszentrale, Köhler. Diese Zusammenkunft war schon kennzeichnend, und was wurde dort zusammengebracht? Die drei Betriebe bewilligten die schon im Volksrat und in der Volkseitung festgelegten 6 Mark, die in den Betrieben streikenden Arbeiter müßten sofort die Arbeit wieder aufnehmen. Die geschlossene Front wurde zerklüftet. Ein Drittel aller Buchdrucker Dresdens wurde aus der Kampffront herausgenommen. Die wichtigsten und ausschlaggebenden Betriebe wurden vom Kampfe ausgeschlossen. Wahrscheinlich ein Meisterstück reformistischer Streitsstrategie.

Und wie es endete:

Die noch bestehenden Unternehmer traten zusammen, berieten. Nach dem die Wapidsale zugunsten der Streikenden, waren doch die Arbeiter der wichtigsten Werk- und Maschinenfabriken noch auf der Straße. Aber die Unternehmer waren gezwungen, den Streik auf irgendeine Weise so schnell und für sie so günstig als möglich zu liquidieren. Konnten sie eine glücklichere Lösung finden, als daß sie es ablehnten, mit den Streikenden selbst zu verhandeln, und den Gauvorsitzenden mit der Lösung dieser Aufgabe betrauten? Ihr Vertrauen hat sie nicht getäuscht. Entgegen den Beschläffen der Streikenden, keine Verhandlungen ohne sie selbst zu führen, hat der Vertrauensmännerkörper (die städtische Streikleitung) dem Vorschlag des Gauvorsitzenden, wenn auch mit Widerpruch einiger oppositioneller Kollegen, zugestimmt.

Hier wie sah dieser Vorschlag aus?

1. 50 Mark Zulage, das Schlichtungsdiktat, für den Zeitraum eines Jahres! und, das ist das Schändliche, Gemeine, Erniedrigende, was jemals Arbeitern geboten worden ist: vierzig Stunden (10 Ueberstunden ohne Zuschlag), die Streikende müssen nachgeben!

Die Situation für den Kampf der Buchdrucker war die günstigste. Der Kampf wurde seitens der Verbandsbureaukratie eigenhändig, zur Erhaltung des „Bürofriedens“ in der Republik, der sozialdemokratischen Koalition mit Krupp, Thyssen, den Chemierieserern. Gegenüber der Diktatur des Schwermetalls, der Bürgerbedrückung, die republikanische Diktatur, die sich nur aufschwingen kann zu einem leichten Vorwurf: Herr Minister, das war kein gerechter Entscheid! Schwanzwedeln vor diesen Ausbeutern, aber mit radikalen Gesten betteln diese letzten Gefallen noch um die Stimmen der Arbeiter für ihre Partei. „Der Stimmzettel ist die härteste Waffe im Klassenkampf“, in ihre höchste Weisheit — nein, Klassenkampf ist Kampf im Interesse der Arbeiter, und für dieses tritt nur die KPd ein.

Die Metall- und Textilarbeiter, die jetzt im Kampf oder kurz vor ihm stehen, müssen aus der Niederlage der Buchdrucker lernen.

Geschlossener Kampf, keine Zerplitterung!
Kampf den reformistischen Führern!

Aufrehrprozess in Hamburg

Wegen der Sacco- und Vanzetti-Fundgebung

Hamburg, 11. April. (Eigene Drahtmeldung.)

Gestern vormittag begann der Aufrehrprozess gegen 22 Hamburger revolutionäre Arbeiter, die beschuldigt sind, an den Anführer des Sacco- und Vanzetti-Kundgebungs teilgenommen zu sein. Als erster wurde der Polizeibeamte Frank vernommen, der von seiner Wohnung aus die Vorgänge beobachtet hat. Er wohnt seit 21 Jahren dort und sagt aus, daß von linksstehenden Arbeitern und Kommunisten feiner an den Unruhen beteiligt gewesen ist, sondern daß die Masse hauptsächlich aus Neugierigen und Jugendlichen bestand. Aus der Aussage des nächsten Zeugen, des Polizeioberkonstanten Gröbler geht deutlich hervor, daß er, anstatt die Straßen zu räumen, durch sein unnützes Vorgehen die Unruhe nur verstärkte und die Erbitterung der Masse bis ins höchste getrieben hat. Die Kronzeugen der Staatsanwaltschaft, heides Polizeispiegel, Rehor und Nittel wurden gleich zu Beginn des Prozesses verhört. Rehor ist ein apfelmacher Polizeispiegel. Das Gericht stellte ihm die Frage, ob er am feindlichen Abend im Dienst der Polizei tätig gewesen sei. Nach einigen Ausschüften gab das Rehor ja. Die zweite Zeuge der Staatsanwaltschaft Nittel verbreitete bei seinem Eintritt in den Gerichtssaal einen durchdringenden Schnapsgeruch. Nach der ersten Frage stellte sich heraus, daß Nittel so befohlen war, daß er nicht vernommen werden konnte. Der Vorsitzende schickte ihn wieder nach Hause und ermahnte ihn, morgen in nächsterem Zustand wiederzukommen.

Einsozialdemokratischer Eieranz

Wie die Volkstimme den Wahlkampf eröffnet

Die Chemnitzer Volkstimme hat im unter den linken sozialdemokratischen Blättern in der letzten Zeit dadurch ausgezeichnet, daß sie unter dem Druck der oppositionellen gemäßigten SPD-Arbeiter mehrfach aus der Reihe der offiziellen SPD-Politik tauchte und oft in dieser oder jener Teilfrage einen ziemlich „radikalen“ Standpunkt einnahm. Offenbar hat der Parteivorstand den linken Veldern von Chemnitz anmahnte die Kräfte gefolgt, denn die Volkstimme leitete ihre Wahlagitationskuren und brach mit einem offiziellen Leitartikel des sozialdemokratischen Parteivorstandes, „Vor dem Wahlkampf“, ein.

Dieser Artikel enthält in konzentrierter Form die ganze arbeitervindliche und antisozialistische Anbahnung der SPD-Parteivorstandspolitik. Er muß auf die sonst mit „linken“ Phrasen bedünkelten SPD-Arbeiter einzuwirken vermögen. Während die Zeitungen in der Volkstimme im allgemeinen von dem Schwandel der SPD abtrüben, die Streikeman-Politik bei „sozialistischer Augenpolitik“, wird dieser Vortrag in dem Wahlleitartikel ohne alle Verbrümmung wieder vorgelegt.

Auch sonst gibt es allerhand tödliche Dinge. Mit Vergnügen erfahren wir, daß der Bürgerblick nur deshalb entstanden sei, weil die bürgerlichen Parteien vor dem dauernden „Bormarsch“ der Sozialdemokratie ihre schreckliche Angst hätten. Der Bürgerblick, in Wahrheit Ausdruck jener ungeheuren Wut, die die deutschen Bourgeoisie, die sie dem sozialdemokratischen Verrat an der proletarischen Revolution verdankt, wird den SPD-Arbeitern also als Angstprodukt der Bürgerlichen hingestellt. Kein Wunder, daß auch die andere Phase von dem „geräumten Bürgerblick“ wieder aufgewärmt wird. Zum Schluß gibt es folgende Parole:

„Gegen die Herrschaft der Plutokratie, für die Teilnahme der arbeitenden Massen an der Führung des Staates!“

Wachtung, Matzeitung!

Die Matzeitung der KPd ist gestern an die Literaturvertriebsstellen zur Verteilung gelangt. Alle Funktionäre müssen sofort die Zeitung abholen und für rechten Vertrieb Sorge treffen.

Jungarbeiter-marsch in Chemnitz

Am Donnerstag demonstrierten mehr als 45000 Proletarier, anlässlich des Reichsjugendtages des KJVD auf dem Theaterplatz in Chemnitz. Gen. I. H. Mann (rechts oben), hinweisend auf den Metallarbeiterkampf in Sachsen und die kommenden Wahlen, forderte die revolutionäre Jugend auf, unter Führung des KJVD und der KPd zu kämpfen. Die Rede Ernst Thälmanns wurde mit bejubelndem Beifall aufgenommen. (Siehe untenstehendes Bild.)

Mit anderen Worten: ein uneingeschränktes Bekenntnis zur Politik der Großen Koalition, an der die „arbeitenden Massen“, sprich: die SPD-Führer, „Anteil nehmen“ wollen.

Deutlicher als durch diese vollständige Kapitulation vor der Parteivorstandspolitik konnten die zentralistischen Führer, die „linken“ Phrasenhelden, den sozialdemokratischen Arbeitern gar nicht zeigen, wie es mit ihrer „Linkheit“ bestellt ist. Genetische Scheinradikale Manöver sollen nur dazu dienen, die Arbeiter für die Politik des Klassenverrates einzufangen, die im entscheidenden Augenblick von den linken Führern gemeinjam mit dem Parteivorstand durchgeföhrt wird.

Streik der Metallarbeiter in Hamburg

Nach einem Bericht in einer Versammlung der Metallarbeiter in Hamburg über den Gang der Vornverhandlungen wurde der Spruch des Schlichtungsausschusses gegen wenige Stimmen abgelehnt. Die Metallarbeiter sind darauf gestern morgen um 10 Uhr in den Streik getreten.

Zum Kampf in der Dresdner Kartonnagenindustrie

Es ist die gleiche Linie der Verbandsbureaukratie wie bei den Metallarbeitern. Die Kartonnagenarbeiter und -arbeiterinnen haben in einer Mitgliederversammlung vom 3. April mit 1300 gegen 28 Stimmen beschlossen, in den Kampf um ihre Forderungen zu treten.

Damit hat die Leitung des Buchdruckerverbandes die Mitgledschaft geschlossen hinter sich, und die verbrauchten Ausreden, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen nicht gewillt seien, zu kämpfen, haben keine Gültigkeit mehr. Was tut nun die Verbandsleitung? Bis jetzt hat sie unbezweifelbarweise nur einen Versuch herausgenommen: die Emballagenfabrik AG, mit etwa 500 Beschäftigten. Keines ist die Belegkraft dem Tage der Leitung gelangt und ist bereit, im Kampf auszubarren bis zum Erlöse, jedoch fragen sie sich verwundert, warum sie allein herausgenommen werden, wo doch jeder Gewerkschafter das Anhängen einer solchen Faktion befreit.

Die Verbandsleitung läßt nichts von sich hören. Gestern schon keilten wir fest, daß sie es ablehnt, an die Arbeiterstimme auch nur die geringste Mitteilung zu geben. Alle Anfragen der Kollegen und Kolleginnen wimmelt sie ab mit dem Hinweis auf die Mitgliederversammlung am kommenden Freitag. Mit dieser Geheimstämmerlei muß endlich Schluss gemacht werden.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der anderen Betriebe fordern konkrete Anweisungen von der Verbandsleitung. Ueberall wird erwartet, daß eine einheitliche Kampffront herbeiföhrt wird. Arbeiter und Arbeiterinnen! Nehmt sofort in den Streik zur Vore Stellung, fordert von der Verbandsleitung, daß der Beschluß der Mitgliederversammlung in die Tat umgesetzt wird.

Die Mitgliederversammlung am Freitag im Gewerbehause wird entscheidend sein für die weitere Fortführung des Kampfes. Erscheint deshalb reiflos in der Reihe und bringt Euren entschlossenen Willen zur Verbreiterung des Kampfes energisch zum Ausdruck.

